

Thema	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	AfD	Piraten
Waffenrecht							
Verschärfung	z.Z. Keine Notwendigkeit**	plant aktuell keine konkreten Veränderungen**	nein, sondern Erleichterung nach Evaluation mit Wissenschaftlern und Verbänden**	ja, GK Kurzwaffen nicht für Sportschützen; Verbot von Anscheinswaffen	ja*, Verbot von Waffen ja mit Geschossenergie ab 200 Joule (fast alle Waffen)		abhängig von Evaluation
Waffensteuer		ja, in einzelnen Bundesländer (BW, Bremen); nein im Bundestag*	nein	Forderung in einigen Bundesländern, wie Bremen, BW, im Niedersächseiner Wahlprüfstein			
Zentrallagerung	nein*	nein*	nein	Ja,** getrennte Lagerung und Waffen in privaten Wohnung nur für Polizeibeamte	ja*		
Gebühren für Hauskontrolle	nein**, aber Gebühren sind Ländersache	nein**, nur sehen das SPD-regierte Länder anders	nein**	keine Pläne**, nur sehen das Grün regierte Länder anders	nein**		
Wahlprogramm 2013	keine Aussagen 2013; 2009 wurde betont, dass das deutsche Waffenrecht bereits strikt ist und die Evaluation müsse prüfen, ob es unzumutbare Belastungen gäbe	keine Aussagen 2013; 2011 in BW und 2009 auf dem Bundesparteitag für mehr Verschärfungen mit dem Ziel weniger Waffen	Illegalen Besitz verfolgen, legalen Besitz fortlaufend mit wissenschaftlicher Evaluation überprüfen, auch Hauskontrollen gehören auf den Prüfstand; Umfangreiches Positionspapier ****	Waffenfreie öffentliche Räume und private Wohnungen. So wenig Waffen und Munition wie möglich. Verbot von Großkaliber-KWs für Sportschützen	Abschaffung von Waffenproduktion und Waffenexporte; keine Aussagen zu zivilen Waffen; 2009 für Verschärfungen		Waffenmissbrauch statistisch besser erfassen

Thema	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	AfD	Piraten
Jagd							
Gründe für die Jagd	Wildregulierung zum Schutz von Wald, Natur und Kulturlandschaft, nachhaltige Nutzung von Wildfleisch, Erhalt der Biodiversität***	Wildregulierung für Waldschutz und Waldumbau, Wildfleisch-Nutzung mit bleifreier Munition***	Erhalt der Biodiversität, Wildschadensverhütung, Wildfleischgewinnung**	Wildfleischgewinnung, angepasste Schalenwildliche, regionale Verbote zum Schutz gefährdeter Arten***	partieller Ersatz ausgerotteter Beutegreifer, Waldschutz, Erhalt der Biodiversität***		
Änderung der jagdbaren Tiere	nein, Herausnahme verhindert Hegeverpflichtung***	ja, Neubewertung der Bejagungsnotwendigkeit einzelner Arten***	nein, Jagdrecht hat sich bewährt, Sondergenehmigungen könnten sinnvoll sein***	ja, Neubewertung der Bejagungsnotwendigkeit einzelner Arten, z.B. Wolf gehört nicht ins Jagdrecht***	ja, Wild soll nur im Jagdkatalog enthalten sein, wenn die Bestandserholung realistisch ist***		
Änderung der Jagdzeiten	nein, nicht auf Bundesebene; regionale Änderungen müssen am Runden Tisch festgelegt werden***	ja, u.a. die Jagdzeit beim Rehbock im Winter verlängern***	nein; sollte es Bedarf geben muss das ausdiskutiert werden***	ja, Harmonisierung und Verkürzung auf zwei Jagdzeiten im Herbst und Frühjahr***	ja, Verringerung und Verdichtung und Rehbock angleichen***		
QUELLEN							
https://www.alternativefuer.de/pdf/2013_Wahlprogramm.pdf							
http://wiki.piratenpartei.de/Wahlen/Bund/2013/Wahlprogramm							
http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramme1.html							
* Reden vor dem Bundestag: http://www.legalwaffenbesitzer.de/index.php/component/search/?searchword=232.%20Sitzung&searchphrase=all&Itemid=9999							
** Wahlprüfsteine des DSB : http://www.dsb.de/infothek/wahlpruefsteine-2013/waffenrechtliche-regelungen/							
*** Wahlprüfsteine des DJV: http://www.jagdnetz.de/news/?meta_id=3487 ,							
**** FDP Positionspapier zum Waffenbesitz: http://www.fdp-fraktion.de/files/1228/Positionspapier_Waffenrecht_11.06.13.pdf							

Thema	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	AfD	Piraten
Finanzen							
Neuverschuldung	ab 2015 keine neuen Schulden	im geringen Umfang zulassen	ab 2015 keine neuen Schulden	Abbau durch Einnahmen der Vermögenssteuer		Schuldenbremse, keine Eurorettung durch den Steuerzahler	
Steuerentlastung	ja, für „die Mitte unserer Gesellschaft“, Anpassung an Inflation	nein, Erhöhung	ja, Abbau des Solis	nein	nein, starke Umverteilung	drastische Vereinfachung nach dem Kirchhof'schen Steuermodell	
Vermögenssteuer/Spitzensteuersatz	nein / nein	Ja, mit Ausnahmen / 49% bei 100.000/200.000, Kapitaleinkünfte 32% statt 25%	nein, keine Substanzbesteuerung / max 50% Steuerbremse für alle Ertrags-Steuern	Ja / 45% ab 60.000, 49% ab 80.000	Ja / 53% ab 65.000, 75% ab 1 Million		
Investitionen+Subventionen /Regulierung der Finanzmärkte	Bildung und Forschung / nein	Bildung und Infrastruktur, Sozialer Wohnungsbau / ja	ja in Bildung und Infrastruktur, Abbau von Subventionen und Einsparung in der Verwaltung / –	neue Bundessteuer-Verwaltung, Abbau von "umwelt-schädliche Subventionen / Ausbau der Steuerfahndung	Sozialpolitik ausbauen	- /Überschuldete Staaten mit Schuldenchnitt raus aus dem Euro, kein Ankauf von Schrottpapieren durch EZB, Banken und Hedge-Fonds müssen an Kosten beteiligt	Wohnungsbau und Sanierungen, keine Agrar-Subventionen ohne Gegenleistung bei Schutzzielen
Erbschaftsteuer	keine Erhöhung	Abschaffung von Privilegien für "Hotellers und reiche Erben"	kritisch, keine Substanzbesteuerung	Verdopplung der Einnahmen	erhöhen (exkl. mittlere Immobilien + Wohneigentum)		
Ehegattensplitting	mit Familiensplitting erweitern	Abschaffung bei neuen Ehen		durch "Individual-Besteuerung mit übertragbarem Existenzminimum" ersetzen	Abschaffung		sukzessive Abschaffung zugunsten Förderung von Kindern statt Ehe

Thema	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	AfD	Piraten
Energie							
Primärenergie	bis 2050 -50%			bis 2030 Kohleausstieg	bis 2040 Kohleausstieg, sofort Atomkraftausstieg		bis 2016 Atomausstieg
Anteil Erneuerbarer Energie	bis 2050 +80%			bis 2030 +50%	bis 2020 +50%		so schnell wie möglich
Treibhausgas	bis 2050 -80%			bis 2050 -95%	bis 2050 -90%		
Subvention und Investition	Stromnetzausbau, Energiespar-Maßnahmen	Energieministerium, Deutsche Netz-Gesellschaft, staatliche Großprojekte wie Offshore-Parks	Förderung Gebäudesanierung			Subvention aus Steuergeldern, nicht durch Strompreise	Anpassung der Netztopologie und energetisch effiziente Speicherung
Ausnahmeregelung f. Industrie	beibehalten		beibehalten	verringern			verringern
Energiemarkt		Senkung der Stromsteuer, Beibehaltung der Einspeisevergütung, Versorgungssicherheit garantieren	Wettbewerb statt fester Einspeisevergütung, unnötige Kostensteigerungen mit aller Kraft verhindern	Überprüfung Fracking, Verbot von neuen Braunkohlentageabbaue	Verbot von Fracking und CO2 Verpressung, kostenloser Grundkontingent für Strom, soziale Staffelung der Energiepreise	Bezahlbare Energie mit nachhaltigem Konzept	Umbau in langfristiges, umweltschonendes, dezentrales, transparentes System. Ablehnung von Fracking

Thema	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	AfD	Piraten
Arbeit/Soziales							
Mindestlohn	Lohnuntergrenzen, wo kein Tarifvertrag gilt	8,50	Lohnuntergrenzen, wo kein Tarifvertrag gilt	mind. 8,50	10 Euro, der bis 2017 auf 12 Euro steigen soll		ja, Höhe laut Expertenkommission mit Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern
Zeitarbeit	ja, für gleichen Lohn	ja, für gleichen Lohn		ab 1. Tag gleicher Lohn	Verbot, alternativ auf wenige Monate beschränken, mehr Lohn als Festangestellte		ja, für gleichen Lohn, befristet auf 6 Monate, sofern Arbeitnehmer dies wünscht
Minijobs	ja			Begrenzung auf 100 €, dann Abschaffung	Abschaffung		
Zuverdienstgrenze von Rentnern	flexible Übergänge, Kombi-Rente		Abschaffung von Grenze				
Renteneintrittsalter	Überprüfung	ab 63 Jahre bei 43 Rentenjahren	frei wählbar ab 60		67 Jahre abschaffen		
Mindestrente	850€ bei 40 Zahlungsjahren	850€ bei 30 Zahlungsjahren	nein, siehe liberales Bürgergeld	850€ bei 30 Zahlungsjahren	1050€, alle sollen in die Rentenversicherung einzahlen		ja, alle sollen in die Rentenversicherung einzahlen
Besonderes	Großelternzeit einführen	Miethöhen beschränken auf 10% der Vergleichsmiete	Liberales Bürgergeld. Alle Transferzahlungen aus einer Hand. Findet ein Bezieher Arbeit, soll er mehr von seinem Einkommen behalten.	Hartz IV auf 420€ erhöhen	Hartz IV auf 500€ erhöhen, Abschaffung Sanktionen		seriös finanziertes, zunächst sehr niedriges, bedingungsloses Grundeinkommen, Abschaffung der Hartz IV Sanktionen

Thema	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	AfD	Piraten
Familie							
Betreuungsgeld	ja	Abschaffung	Überprüfung	Abschaffung	Abschaffung		
Kinderbetreuung	Ausbau der Kindertagesbetreuung	mehr Kitas und Tagespflegestellen	Betreuungsschlüssel und die Ausbildung der Erzieher verbessern, Modellversuch elekt. Kinderkarte	Anspruch auf Ganztagsbetreuung aller Altersgruppen	Ganztagesbetreuung mit kostenlosem Essen	Bildung als Kernaufgabe der Familien mit Ergänzung durch Kitas und Schulen, frühkindliche Bildungsangebote für alle Kinder	Kostenfreie und flexible Betreuungs- und Bildungsangebote, auch außerhalb der bislang üblichen Öffnungszeiten gewährleistet sein
Familienteilzeit	Rechtsanspruch auf Vollzeit	Rechtsanspruch nach Rückkehr auf Vollzeit	flexible Arbeitszeit-Modelle, flexibleres Elterngeld		flexible Familienarbeit, Kündigungsschutz bis zum 6. Lebensjahr des Kindes	familien-freundlich	Flexibilisierung der Arbeitszeit und -situation sind einzelfall-bezogen zu fördern.
Kindergeld		Neustrukturierung und Erhöhung		Kindergrundsicherung	Erhöhung und Kindergrundsicherung		Kindergrundeinkommen
Gleichstellung eingetragene Lebenspartner-schaften mit der Ehe	nein	ja, in Adoptions- und Steuerrecht	ja, im Steuerrecht, bei der Riester-Rente und bei Adoptionsen	ja, in sämtlichen Rechtsbereichen	ja		ja, mit allen Rechten und Pflichten
Erstellt von Katja Triebel – www.triebel.de - http://legalwaffenbesitzer.wordpress.com/							